

## V-2 Alle Dörfer bleiben – weltweit! Für eine Klimapolitik der Gerechtigkeit

Antragsteller\*in: Kathrin Henneberger (KV Heinsberg)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Status: Zurückgezogen

### Antragstext

1 Jeden Tag müssen die Menschen, die am Tagebau wohnen, erleben, wie ihnen ihr  
2 Zuhause genommen wird. Mit Kettensägen werden Alleen und Wälder gefällt, mit  
3 Baggern Kirchen und Häuser niedergerisse. Straßen werden zerstört, die die  
4 Dörfer seit Generationen vernetzen. Jeden Tag hören die Anwohnenden das laute  
5 Knirschen und Dröhnen der großen Kohlebagger, die ohne innezuhalten auf ihre  
6 Dörfer zusteuern. Im letzten Sommer wurde die Landstraße L277 zerstört und im  
7 Herbst sowie erst vor wenigen Wochen ein Teil des Dorfes Lützerath. Eines konnte  
8 der Kohlekonzern RWE aber noch nicht zerstören: Den Mut der hier lebenden  
9 Menschen, die sich jeden Tag dafür engagieren, dass Dörfer, Wälder und Felder  
10 bleiben. Den Menschen hier geht es dabei nicht nur um ihr Zuhause: Unter den  
11 Dörfern am Tagebau Garzweiler alleine sind noch 600 Millionen Tonnen Braunkohle,  
12 die nach dem Willen von RWE verfeuert werden sollen. Wollen wir die Klimakrise  
13 aufhalten und unseren internationalen Verpflichtungen gegenüber dem  
14 Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) nachkommen, muss der Kohleausstieg  
15 schneller umgesetzt werden als derzeit von der Bundesregierung geplant.

16 Lokal Verantwortung übernehmen angesichts der Klimakrise

17 Das rheinische Braunkohlerevier mit all seinen Tagebauen und Kohlekraftwerken  
18 ist immer noch einer der zentralen Orte, die über unser aller Zukunft  
19 entscheiden. Jeden Tag übernehmen Menschen, die an den Tagebauen für die  
20 Stilllegung dieser streiten, da Verantwortung, wo die Politik derzeit versagt:  
21 Sie übernehmen Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft und stehen in  
22 Solidarität mit den Menschen, die bereits jetzt aufgrund der Klimakrise in  
23 anderen Regionen der Welt ihre Existenz verlieren.

24 Dem entgegen steht eine Landesregierung unter Armin Laschet und eine  
25 Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Altmaier, die nur den kurzfristigen  
26 Profitinteressen fossiler Konzerne dienen und nicht dem Wohlergehen der  
27 Menschen. Das Bundeswirtschaftsministerium verheimlichte ein Gutachten, das  
28 belegt, dass die Dörfer am Tagebau Garzweiler nicht mehr für den Kohleabbau  
29 zerstört werden müssen. Das Parlament und die Bevölkerung wurden mit dem  
30 Zurückhalten dieses Gutachtens getäuscht. Der Bundestag hat bei der Abstimmung  
31 über das sogenannte Kohlegesetz auf Grundlage falscher und unvollständiger  
32 Informationen weitreichende Entscheidungen getroffen. Als B90/ Die Grünen NRW  
33 kritisieren wir dies als zutiefst undemokratisch.

34 Es ist schon längst klar, dass die Braunkohle unter den Dörfern nicht für die  
35 Energieversorgung benötigt wird. Die Grünen NRW stehen solidarisch an der Seite  
36 der Menschen in den Dörfern am Tagebau Garzweiler 2. Neben einem Moratorium für  
37 Umsiedlungsvorbereitungen fordern wir die Landesregierung dazu auf, die  
38 Leitentscheidung schnellstmöglich an die energiepolitische Realität anzupassen  
39 und die bedrohten Dörfer rechtssicher zu erhalten. Statt weiter Fakten zu  
40 schaffen, braucht es Zeit für politische Verhandlungen und ausstehende

- 41 Gerichtsprozesse sowie einen schnellen, nachhaltigen und sozial gerechten  
42 Strukturwandel, der den Menschen in der Region eine sichere Perspektive gibt.
- 43 Global einstehen für eine lebenswerte Zukunft & europäische Klimapolitik  
44 umsetzen
- 45 Politische Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten müssen sich endlich am  
46 Übereinkommen von Paris (Paris Agreement) und dem Ziel, die globale Erhitzung  
47 der Erdatmosphäre auf 1,5 Grad zu beschränken, ausrichten.
- 48 Die energiewirtschaftlichen und -politischen Rahmenbedingungen haben sich seit  
49 Beschluss der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB)  
50 grundlegend geändert. Ein Weiter so ist deshalb undenkbar: Für die Betroffenen  
51 in den Dörfern und für das Allgemeinwohl. Spätestens mit dem neuen EU-  
52 Klimagesetz und dem neuen EU-Klimaziel für 2030 ist der Kohleausstieg 2038 nicht  
53 mehr haltbar. Das bedeutet für das Land NRW den Kohleausstieg auf spätestens  
54 2030 vorzuziehen. Wenn die Landesregierung am veralteten Ausstiegspfad festhält,  
55 riskiert sie nicht nur den sozialen Frieden, sondern stellt sich damit auch  
56 gegen das Übereinkommen von Paris und der Klimapolitik der Europäische Union.  
57 Wir brauchen ein deutliches Vorziehen des Kohleausstiegs in NRW, um  
58 Planungssicherheit für die betroffenen Regionen zu gewährleisten und  
59 Strukturwandelmaßnahmen frühzeitig umzusetzen.
- 60 Als B90/ Die Grünen NRW stehen wir ein für eine klimagerechte Politik, die sich  
61 nach dem Wohlergehen der Bevölkerung richtet. Für eine ökologisch und sozial  
62 gerechte Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise, die niemanden  
63 zurücklässt und eine Zukunft für unsere Kinder ohne Klimakatastrophe ermöglicht.
- 64 (Dieser Antrag wurde gemeinsam geschrieben von Menschen, die in der vom Tagebau  
65 Garzweiler betroffenen Region leben.)

## Unterstützer\*innen

Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Dignanllely Meurer (OV Erkelenz/KV Heinsberg); Katharina Voller (KV Rhein-Kreis-Neuss); Christina Schliesky (KV Mönchengladbach); Stefan Krischer (KV Aachen); Simon Rock (KV Rhein-Kreis Neuss); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Ulrich Laubach (KV Mönchengladbach); Thomas Schmieder (KV Mönchengladbach); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Markus Sami Rizkalla (KV Rhein-Kreis-Neuss); Anita Hoffmann (KV Mönchengladbach); Reinhold Giesen (KV Mönchengladbach); Fabian Sneider (KV Mönchengladbach); Heinz-J. Kremers (KV Mönchengladbach); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Ralf Lexen (KV Mönchengladbach); Micaela Popov (KV Mönchengladbach); Lutz Schippers (KV Mönchengladbach); Thomas R. Diehl (KV Mönchengladbach); Bernd Meisterling-Riecks (KV Mönchengladbach); J Christoph Stolzenberger (J); Petra Kanters (Grüne Erkelenz); Tim Lösbrock (KV Mönchengladbach); Jürgen Küsener (KV Mönchengladbach); Angela Stein-Ulrich (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tobias Edward Freitag (KV Rhein-Kreis-Neuss); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis Neuss); Gunnar Dykstra (KV Rhein-Kreis-Neuss); Michael Küpper (KV Rhein-Kreis-Neuss); Marianne Michael-Fränzel (KV Rhein-Kreis-Neuss); Erhard Demmer (KV Rhein-Kreis Neuss); Hans Christian Markert (KV Rhein-Kreis Neuss); Peter Gehrman (KV Rhein-Kreis-Neuss); Norbert Wrobel (OV Rommerskirchen / RKN); Frederik Paul Antary (KV Bochum); Christa Neef-Niedermeier (Grüne Grevenbroich); Manoj Jansen (KV Heinsberg); Sybille Horras-Schmitz (KV Heinsberg); Inga Heinrichs (KV Heinsberg); Angela Gunkel (KV Mönchengladbach); Birgit Wollbold (KV Rhein-Kreis-Neuss); Peter Kaul (KV Heinsberg); Anita Parker (KV Mönchengladbach); Die Dieter Rink (R); Rudolf Flieger (KV Mönchengladbach); Diana Gröschel (KV

Mönchengladbach); Brigitte Giesen (KV Mönchengladbach); Ulla Schmitz (KV Mönchengladbach);  
Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Dr. Stephan Fegers (KV Mönchengladbach); Nikolas Uerlings (KV  
Rhein-Kreis-Neuss); Christian Gaumitz (KV Rhein-Kreis-Neuss); Kerstin Wilke (KV Rhein-Kreis-Neuss);  
Hernández López (KV Rhein-Kreis-Neuss); Claudia Bacmeister (KV Rhein-Berg); Martin Wirtz (KV  
Mönchengladbach); Katrin Lögering (KV Dortmund); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Sebastian  
Schäfer (KV Oberberg); Philippe Bergmann (Kvoberberg)